

Freiburger Grüne: Berlin ist abschreckendes Beispiel - Nur komplette Entschuldung ermöglicht sanierten Haushalt

„An Berlin kann man sehen, wie eine Verschuldungsfalle funktioniert“, erklärt der grüne Freiburger Kreisvorstand Thomas Koderisch, „Freiburg kann eine unkontrollierbare Abwärtsspirale noch verhindern.“

In der heutigen Bundesverfassungsgerichts- Verhandlung um Bundeszuschüsse für das höchst verschuldete Berlin zeigen sich auch für Freiburg wichtige Zusammenhänge, so die Freiburger Grünen. Wenn die jährliche Last aus Zins und Tilgung erst einmal die finanzielle Handlungsfähigkeit einer Stadt erdrücke, sei ein Ausweg aus der Schuldenfalle selbst über rigide Sparpolitik nicht mehr möglich. Berlins Politiker, deren bisheriger Sparkurs viel drastischer als der in Freiburg war, stünden dem riesigen und immer weiter steigenden Haushaltsdefizit hilflos gegenüber. „Harte Einschnitte haben und werden in Berlin weiterhin stattfinden müssen, nur bewirken sie keine spürbare Verbesserung der Haushaltslage“, urteilt der grüne Kreisvorstand. Soziale Probleme ließen sich beim Wohnungsverkauf durch Vertragsgestaltung mit solider Sozialcharta vermeiden, ein Haushaltsnotstand erlaube dagegen kaum soziale Absicherungen.

„Aus der Verschuldungsfalle mit immer weiter steigenden Zins- und Tilgungszahlen kann Freiburg sich nur befreien, wenn der sozialverträgliche Teilverkauf der städtischen Wohnungen sobald wie möglich stattfindet“, so Vorstandsmitglied Thomas Koderisch. „Wenn wir nicht verkaufen und weiter mit vielen kleinen Einzelmaßnahmen haushaltspolitische Flickschusterei betreiben, werden wir Freiburg niemals schuldenfrei bekommen, sondern im Gegenteil, die Verschuldung weiter verschlimmern. Die Grünen werden diese praktizierte Generationenungerechtigkeit nicht mitmachen.“

Auch zeige sich, dass Vermeidungsstrategien und Verzögerungen beim Wohnungsverkauf drastische Folgen haben können. Ist wie in Berlin die finanzielle Selbstbestimmung erst einmal verloren, kann ein Wohnungsverkauf von Dritten zur Auflage gemacht werden. Nur deckt ein zu später Verkauf die bis dahin angestiegenen Schulden nicht mehr. „Da sei es besser, einen ohnehin nicht zu vermeidenden Verkauf zu einem Zeitpunkt durchzuführen, an dem er wirklich noch aus der Schuldenfalle heraushilft“, so Koderisch, „Berlin mit seinen 60 Milliarden Euro Schulden helfen nun auch die möglichen Einnahmen von 5 Milliarden Euro aus dem Verkauf kommunaler Wohnungen nicht mehr viel.“

Für Freiburg heißt das: Wenn wir weiter versuchen, die Verschuldung durch viele kleine Einzelmaßnahmen zu drücken, ändern wir nichts am Grundproblem, denn die hohe Belastung durch Zins und Tilgung bleibt. Freiburgs prekäre Haushaltslage bedingt, dass ein Verkauf der Stadtbau nicht zu vermeiden sein wird. Deshalb muss der Verkauf durchgeführt werden, solange die nahezu vollständige Entschuldung möglich ist.